

Antrag

Hannover, den 09.02.2021

Fraktion der FDP

Die Pandemie mit flankierenden Maßnahmen aktiv bekämpfen!

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Am 29.02.2020 wurde in Niedersachsen der erste Fall einer COVID-19-Infektion bestätigt. Seit diesem Tag infizierten sich bis zum 09.02.2021 mindestens 148 951 Niedersachsen. Hiervon verstarben 3650 Mitbürger. Mit erheblichen Einschränkungen des öffentlichen Lebens gelang es im Frühjahr vergangenen Jahres, das Ausmaß der Pandemie zu begrenzen. Im Sommer gingen die Infektionszahlen auch aufgrund der veränderten Wetterlage deutlich zurück und Freiheitsbeschränkungen konnten zurückgenommen werden. Im Herbst kam es allerdings - wie von zahlreichen Virologen vorhergesagt - zu einem erneuten drastischen Anstieg der Infektionszahlen. Darauf folgten erneute und zum Teil stärkere Einschränkungen des öffentlichen und privaten Lebens, die bis heute anhalten.

In den Monaten des Jahres 2020 mit geringen Infektionszahlen wurde versäumt, das Land auf die virologischen Gefahren der nassen und kälteren Jahreszeiten vorzubereiten. Aktuell wird immer noch wenig unternommen, um dafür Sorge zu tragen, dass die Einschränkungen des öffentlichen und privaten Lebens zurückgenommen werden können und ein gesellschaftliches Leben mit dem Virus ermöglicht wird. Zwar bieten die bereits vorhandenen und in Aussicht stehenden Impfstoffe Anlass zur Hoffnung, dürfen aber nicht dazu führen, auf flankierende Maßnahmen zu verzichten. Es wird noch Monate dauern, bis ein Großteil der Bevölkerung geimpft sein wird, und Mutationen können dazu führen, dass die Impfungen ihre Wirkung verlieren. Auch kann gehofft werden, dass bei wärmeren Temperaturen der Rückgang der Infektionen des vergangenen Jahres sich wiederholt, aber aus Sicht des Landtags ist es zu wenig, sich auf Impfungen und besseres Wetter zu verlassen.

Das Ziel muss sein, mit flankierenden Maßnahmen dafür zu sorgen, dass Einschränkungen des öffentlichen und privaten Lebens zurückgenommen werden können, Infektionsgeschehen schnell eingedämmt werden können, eine Perspektive entwickelt wird für ein Leben mit dem Virus und das Land gewappnet ist für die Möglichkeit einer nächsten Pandemie.

Der Landtag fordert die Landesregierung vor diesem Hintergrund auf,

1. die Corona-Warn-App auszuweiten und zu modifizieren, um endlich die Potenziale der Digitalisierung bei der Virus-Bekämpfung zu nutzen. Eine Aufdeckung von Orten der Ansteckung kann beispielsweise über eine digitales „Einloggen“ beim Besuch eines Restaurants oder Theaters möglich werden.
2. die Forschung über die Ausbreitungswege und die tatsächlichen Ansteckungswege zu intensivieren, bestehende Forschungsergebnisse zusammenzuführen, auszuwerten und zur Verfügung zu stellen und so eine valide Datenbasis für die aktuelle Pandemie und zukünftige Pandemien aufzubauen. Dazu sind die Voraussetzungen zu schaffen, auch anonymisierte Daten, z. B. zu Alter oder Beruf Infizierter, zusammenzutragen und auswerten zu können.
3. sicherzustellen, dass Sormas flächendeckend bei den örtlichen Gesundheitsämtern eingesetzt wird, um Infektionsketten schneller zu erkennen und schneller zu unterbinden, indem die Gesundheitsämter auch miteinander vernetzt werden,
4. Schnelltests endlich flächendeckend, schnell und unkompliziert zugänglich zu machen. Dazu soll insbesondere der Zugang zu Schnelltests im häuslichen Gebrauch und in allen Gemeinschaftseinrichtungen (Schulen, Kitas, Wohngruppen) sichergestellt werden. Weiterhin muss gelten, dass in Krankenhäusern sowie in Alten- und Pflegeheimen die Mitarbeiter und Besucher täglich und die Kranken und zu Pflegenden regelmäßig und bei Einweisung mit Schnelltests getestet werden.

5. die positiven COVID-19-Befunde flächendeckend auf mögliche Mutationen zu untersuchen, um im Fall einer Virusmutation schnell handlungsfähig zu sein,
6. allen Kindertagesstätten und Schulen die Ausstattung mit Luftfilter- oder Luftaustauschanlagen zu ermöglichen, die mit einer entsprechend hohen Luftwechselrate (> 6 pro Stunde) für saubere Raumluft sorgen und somit die Gefahr einer Infektion über die Raumluft deutlich minimieren. Zusätzlich sollen Unternehmen beim Einbau solcher Anlagen unterstützt und Lüftungen im ÖPNV bei Bedarf nachgerüstet werden.
7. sich beim Bund für eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit medizinischen Masken einzusetzen. Insbesondere für einkommensschwache und beeinträchtigte Menschen müssen die Masken in ausreichender Stückzahl zur Verfügung gestellt werden.
8. einen interdisziplinären Pandemie-Beirat zu gründen, um die Maßnahmen und deren Auswirkungen auf alle gesellschaftlichen Bereiche zu begleiten und die Landesregierung zu beraten. Der Beirat soll den Diskurs zwischen Wissenschaft und Politik initiieren.

Begründung

Ein Plan über Lockerungen und Verschärfungen ist ein richtiger Schritt, aber nicht ausreichend, um die Pandemie langfristig und nachhaltig zu bekämpfen. Die Landesregierung darf nicht nur passiv die einzelnen Faktoren beobachten und dann Freiheitseinschränkungen beschließen, sondern muss aktiv tätig werden, um die Pandemie einzugrenzen und beherrschbarer zu machen. Bis wir an einem Punkt sind, an dem die ersten Lockerungen im Stufenplan greifen, kann es noch ein langer Weg sein, wenn wir nicht zeitlich präventive und schützende Maßnahmen ergreifen und ausbauen. Hierzu bedarf es nicht nur der Sicherstellung von mehr Schnelltests und medizinischen Masken zur akuten Virusbekämpfung, sondern auch der wissenschaftlichen Begleitung der Pandemie, um endlich valide Daten über die Ausbreitungs- und Ansteckungswege zu sammeln. Dabei sollten die technischen und digitalen Möglichkeiten unserer Zeit, beispielsweise die Corona-Warn-App und Sormas, und sichere Luftfilter- und Luftaustauschanlagen endlich genutzt werden.

Christian Grascha
Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 10.02.2021)